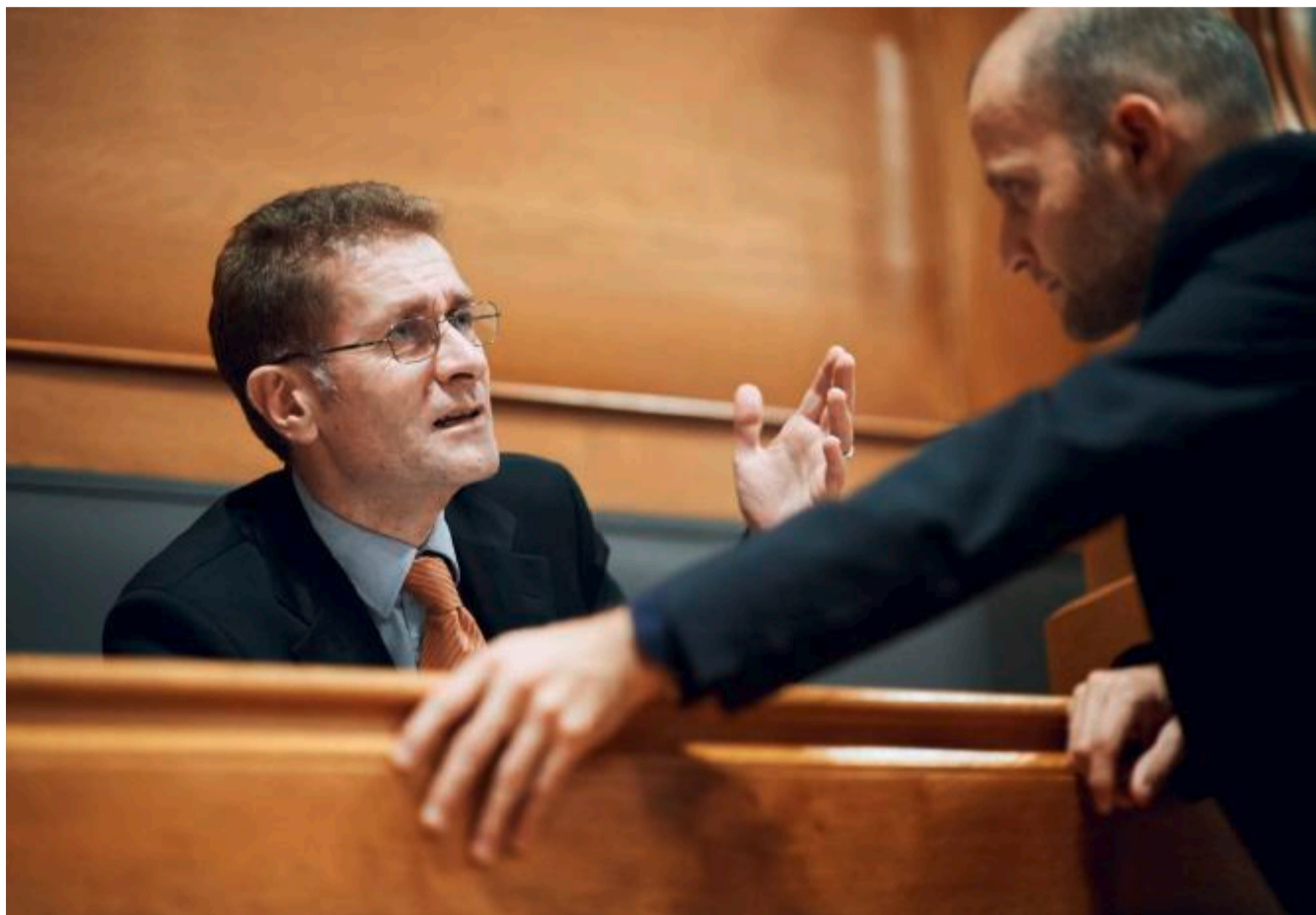


## Bern

# Ein klares Zeichen für mehr Wettbewerb im Kiesmarkt

Der Grosse Rat will überraschenderweise nun doch die Rolle des Kantons im Kies- und Deponiewesen stärken.



Regierungsrat Christoph Neuhaus und Grünen-Grossrat Blaise Kropf sind für mehr Markt im Kiesgewerbe. Foto: Manu Friederich

## Adrian Schmid

In den letzten Tagen hat ein Umdenken stattgefunden: Vor zwei Wochen noch war die Baukommission (BAK) des Grossen Rats der Meinung, die Rolle des Kantons müsse im Bereich Abbau, Deponie und Transporte (ADT) nicht gestärkt werden. Ein Antrag des Regierungsrats, der eine Stärkung bezweckte, war mit 8:7 Stimmen abgelehnt worden, die bürgerliche Mehrheit hatte sich knapp durchgesetzt. Gestern ist aber etwas passiert, was nicht alle Tage vorkommt: Der Grosse Rat hat bei der Beratung des Raumplanungsberichts den Kommissionsentscheid umgestossen. Die Zuständigkeit des Kantons soll nun doch ausgebaut werden. Auslöser für den Sinneswandel auf bürgerlicher Seite waren Recherchen des «Bund», der kürzlich Hinweise auf ein mutmassliches Kartell im Kiesgewerbe publik gemacht hat. Die Wettbewerbskommission (Weko) hat sich dem Fall der Kies AG Aaretal (Kaga) angenommen.

Zwar hatte der kantonale Kies- und Betonverband die Grossräte ausgerechnet gestern Mittag noch zum jährlichen Informationslunch geladen. Dennoch zeigte sich am späten Nachmittag bei

der Behandlung des Geschäfts im Rat schnell einmal, dass der Kommissionsentscheid bereits Makulatur war. Es ging nun noch um die Frage, wie klar das Signal für mehr Wettbewerb ausfallen würde. Denn nicht nur Grüne und SP hatten vor der Debatte einen überarbeiteten Vorschlag eingereicht, sondern auch die FDP. «Wir wollen ein klares Zeichen für mehr Marktwirtschaft setzen», sagte Peter Sommer (FDP, Wynigen). Er stellte sich jedoch auf den Standpunkt, dass im 2012 in Kraft gesetzten Sachplan ADT genügend Instrumente vorhanden seien, um die «Planung marktkonform zu gestalten». Zudem betonte er, dass noch kein Urteil der Weko vorliege. Die FDP war daher nach wie vor gegen eine Stärkung des Kantons. Vielmehr wollte sie den Hebel bei den Bewilligungen für Abbauvorhaben und Deponien ansetzen. Diese sollten künftig weniger restriktiv gehandhabt werden.

## Grüne machen das Rennen

Der Vorschlag stiess bei SVP und BDP auf offene Ohren, denn auch sie hatten in den letzten Tagen ihre Position überdacht. Seine Partei wolle einen funktionierenden Markt und keine überhöhten

Preise, sagte Bernhard Riem (BDP, Iffwil). Aber: «Absprachen werden nicht mit vermehrter Planwirtschaft des Kantons verhindert.» Ähnlich tönte es bei Gerhard Fischer (SVP, Meiringen), der beruflich bei den Kraftwerken Oberhasli (KWO) für die Deponien zuständig ist. «Das Thema Kaga gehört in die Weko und nicht in den Grossen Rat», sagte er.

Die Linken sahen das anders. «Wenn der Deponiemarkt nicht von alleine funktioniert, können wir nicht einfach zuschauen», sagte Marianne Dumermuth (SP, Thun). Die SP forderte daher nicht nur einen Ausbau der Kompetenzen des Kantons. Dieser sollte gleich auch noch dafür sorgen, dass die «kartellähnliche Struktur» beseitigt wird, wie es in der sogenannten Planungserklärung der SP hiess. Die Grünen hingegen gingen mit ihrem Lösungsansatz weniger weit: Die Zuständigkeit des Kantons sollte nur in denjenigen Bereichen gestärkt werden, die «anderweitig nicht geregelt» werden können und in denen deshalb «ein Notstand» herrsche.

Am Ende machten die Grünen auch das Rennen – allerdings nur dank einem Zufallsmehr. Ihr Vorschlag obsiegte mit 67:63 Stimmen gegenüber demjenigen

## Raumplanungsbericht

### Bekanntnis zur Verdichtung

Der Grosse Rat nahm gestern vom Raumplanungsbericht der Regierung Kenntnis. Der Rapport ist quasi der Prolog zu drei konkreten Vorlagen im kommenden Jahr, wie Kommissionssprecher Blaise Kropf (Grüne, Bern) sagte. Dabei geht es um die Revision des Baugesetzes, um die Anpassung des kantonalen Richtplans und um die zustande gekommene Kulturland-Initiative von Bauern, Grünen und BDP. Im Zuge der Baugesetzrevision werden auch erste Massnahmen zur Stärkung der Rolle des Kantons im Bereich Abbau, Deponie und Transporte (ADT) auf den Tisch kommen (vergleiche Text unten).

Das Parlament gab zum Raumplanungsbericht mehrere sogenannte Planungserklärungen ab und machte damit klar, in welche Richtung die Reise gehen soll. So bekannte sich der Rat zur vermehrten Siedlungsentwicklung nach innen und stützte damit den Kurs der Regierung. Weiter sprach sich das Parlament dafür aus, dass die jährliche Erhebung der unüberbauten Bauzonen definitiv eingeführt wird. Zudem soll der Regierungsrat die Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens vorantreiben. (sda/ad)

der FDP. Die Empfehlungen von BAK und SP waren zu diesem Zeitpunkt bereits vom Tisch. Das Zünglein an der Waage spielte für einmal die bürgerliche EDU, die sich ausnahmsweise hinter die Grünen stellte. Zudem gab es einzelne Abweichler bei der BDP.

## Neuhaus übt scharfe Kritik

Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) zeigte sich «überrascht» vom Meinungswandel im bürgerlichen Lager. Ungeachtet davon wählte er vor dem Parlament erstmals deutliche Worte für die Zustände im Kiesgewerbe. Er sprach von einem «Oligopol» und prangerte an, dass Unmengen Kies durch den Kanton transportiert würden, nur um «die Konkurrenz auszuschalten». Er habe diesbezüglich einen Brief der Gemeinde Urtenen-Schönbühl erhalten, die darin ihren Unmut über die Zunahme des Lastwagenverkehrs geäussert habe. Im Weiteren könne es nicht sein, so Neuhaus weiter, dass Anreize geschaffen würden, damit «illegales Deponieren» rentiere. Die Preistreiber bezeichnete er als «volkswirtschaftlich schädlich». Weil «einzelne überborden», werde der Allgemeinheit zu viel Geld aus der Tasche gezogen.

Anzeige



## Regierung ist frei bei Einführung des Lehrplans 21

Der Grosse Rat will keine pädagogische Diskussion über den umstrittenen Lehrplan 21 führen.

Der bernische Regierungsrat darf den Lehrplan 21 selbstständig einführen. Mit 83 zu 66 Stimmen lehnte der Grosse Rat gestern ein Postulat der EVP ab. Die Partei hatte angeregt, dass der Regierungsrat die Einführung des Lehrplans 21 dem Parlament vorlegen soll. Die EVP forderte zudem, dass das Parlament über die Kosten informiert wird. Dagegen hatte die Regierung nichts einzuwenden. Erziehungsdirektor Bernhard Pulver versicherte, der Grosse Rat werde im November 2015 zu den Kosten des neuen Lehrplans Stellung nehmen können – im Rahmen des Angebots- und Finanzplans. Mit Planungserklärungen könne das Parlament dann auch Einfluss nehmen. Hingegen mache es keinen Sinn, dass das Parlament über die Einführung des Lehrplans selber entscheide. Sprecher von SP, BDP und FDP teilten diese Ansicht: Das Parlament sollte sich davor hüten, eine pädagogische Diskussion zu führen und sich eingehend über den Inhalt des Lehrplans zu unterhalten.

Etwas anders sah es die SVP. Zur «strategischen Neuausrichtung» an den Volksschulen sollte sich das Parlament durchaus äussern können, befand Samuel Krähenbühl (Unterlangenegg) namens der SVP, die aber auf verlorenem Posten blieb. Der Rat lehnte im weiteren ein Postulat von Sabina Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) ab. Diese hatte verlangt, dass der Regierungsrat eine Überarbeitung des Lehrplans anstreben solle. Das Instrument sei ein «bürokratisches, nicht praxistaugliches Monsterwerk». (sda)

## Die Millionenprämie für den «klaren Sündenfall»

Der Grundtenor im Grossen Rat: So, wie dies die International School tut, darf man nicht mit Boden umgehen. Aber Geld gibts trotzdem.

## Marc Lettau

Der Kanton Bern wird den Neubau der International School of Berne (ISB) mit 3,9 Millionen Franken unterstützen. Der Grosse Rat hiess gestern den Kredit mit 87 zu 46 Stimmen gut. Das verhältnismässig klare Ergebnis kontrastiert mit dem Grundtenor der Debatte, in deren Verlauf praktisch alle Fraktionen ihr Missfallen am Projekt zum Ausdruck gebracht hatten. Der geplante Schulkomplex ist nämlich eingeschossig, beansprucht also gegenüber mehrgeschossigen Schulhausbauten mehr Boden – Boden, der heute landwirtschaftlich genutzt wird.

## Gegenteil von Verdichten

Aus der Sicht von Natalie Imboden (Grüne, Bern) ist das Projekt nichts weniger als eine «raumplanerische Fehl-

leistung». Wer den Kulturlandschutz ernst nehme, könne hier nicht einfach Ja sagen. Gar von einem «klaren Sündenfall in Sachen Landverschleuderung» sprach Jakob Etter (BDP, Treiten): Am gleichen Tag, an dem das Parlament über verdichtetes Bauen debattiere, unterstütze es das Gegenteil von verdichtetem Bauen mit Millionen: «Das ist ein Präzedenzfall.»

## Blick auf die Kulturlandinitiative

«Völlig daneben» sei es, mit Verdichtungsideen gegen die Ecopop-Initiative zu werben und im gleichen Atemzug das Gegenteil zu tun, befand auch Michel Seiler (Grüne, Trubschachen). Und Landwirt Fritz Ruchti (SVP, Seewil) mahnte, alle seien doch verpflichtet, haushälterisch mit Boden und Finanzen umzugehen. Wer das Projekt der ISB unterstütze, schlage die genau gegenteilige Richtung ein. Dass die Schuldebatte schliesslich zu einem Lehrstück für die weitere Debatte über die Kulturlandinitiative werden dürfte, betonte Ueli Stähli (BDP, Gassel). Er adressierte sich direkt an die Urheber und Sympathisanten der Initiative im Rat: «Man kann nicht besse-

ren Kulturlandschutz einfordern und bei der allerersten Prüfung einfach einknicken, ohne vollends unglauwbüdig zu werden.» Zu einem lustlosen Ja entschied sich die Ratsmehrheit letztlich angesichts der standortpolitischen Bedeutung der International School of Berne. Selbst die Kritiker des Landverschleisses attestierten der ISB eine enorme Bedeutung für die Hauptstadtregion. Andreas Blank (SVP, Aarberg): «Am Schluss ist es ein Abwägen.»

Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (SP) versuchte im Laufe der Debatte das Kernargument der Opposition zu entkräften. Es treffe zwar zu, dass die ISB eingeschossige Bauten plane. Ein erheblicher Teil der Fläche werde aber durch Sportanlagen, Parkplätze und Freiflächen konsumiert: «Und diese lassen sich nicht mehrgeschossig planen.» Die gut 40 Schul- und Büroräume umfassende Schule mehrgeschossig zu bauen, würde somit den Landverschleiss nicht entscheidend vermindern, beteuerte Rickenbacher. Er vermöge deshalb auch nicht zu erkennen, «warum dieses Projekt der raumplanerische Sündenfall sein soll».

## Kurz

### Grosser Rat Niederlage für Erich Hess

Der Berner SVP-Grossrat Erich Hess hat es auch im dritten Anlauf seit 2010 nicht geschafft, eine Motion zum Thema «Mundart im Kindergarten» durchzubringen. Der Grosse Rat lehnte den Vorstoss mit 126 zu 9 Stimmen ab. Der Regierungsrat solle «die Gesetze so abändern, dass die Unterrichtssprache im Kindergarten sowie in der 1. und der 2. Klasse grundsätzlich Mundart ist», verlangte Hess. Der Motionär renne offene Türen ein, entgegnete der Regierungsrat. Schon heute werde an den meisten Kindergärten im deutschsprachigen Kantonsteil Mundart gesprochen. Hochdeutsch sei aber nicht verboten, schliesslich mache die frühe Sprachförderung Sinn. (sda)

### Grosser Rat Weniger Sport für Gymeler

Es bleibt dabei: Der Sportunterricht an den Berner Gymnasien wird leicht gekürzt. Der Grosse Rat hält an dieser vor Jahresfrist beschlossenen Sparmassnahme fest. Mit 102 zu 44 Stimmen lehnte er gestern eine Motion ab, welche die Massnahme rückgängig machen

wollte. Die Tertianer werden demnach ab 2017 im ersten Semester nur noch zwei Lektionen Sport haben, im anderen Semester weiterhin drei. Die Ratsmehrheit hält diese Kürzung nach wie vor für vertretbar. (sda)

### Grosser Rat Ferienbetreuung für Kinder

Die bernischen Gemeinden sollen vom Kanton besser unterstützt werden, wenn sie Ferienbetreuungsangebote für Schulkinder bereitstellen. Gegen den Willen von SVP und EDU überwies der Grosse Rat ein Postulat von Ursula Marti (SP, Bern). Der Kanton solle Gemeinden mit Nachholbedarf beim Aufbau von Angeboten helfen. Der Regierungsrat zeigte sich offen für ein stärkeres Engagement. (sda)

### Präzisierung Imboden für Cannabis-Clubs

Grossrätin Natalie Imboden (Grüne) hält fest, dass sie gegen die SVP-Motion für ein Verbot von Cannabis-Clubs gestimmt habe («Bund» von gestern). Die Abstimmungsanlage habe sie aber als «abwesend» erfasst. «Wo der Fehler lag, ist mir schleierhaft», hält Imboden fest. (lok)